

## ***Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV)***

Die Parlamentarische Versammlung verkörpert die parlamentarische Dimension der OSZE. 320 Parlamentarier gehören ihr an, ihre Hauptaufgabe ist die Unterstützung des interparlamentarischen Dialogs – ein wichtiger Aspekt in allen Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen an die Demokratie in der ganzen OSZE-Region. Die Erklärungen, die die Versammlung alljährlich verabschiedet, werden den Regierungen und OSZE-Institutionen zugeleitet und sind die gemeinsame Stimme der Parlamente der Teilnehmerstaaten.

Die Parlamentarische Versammlung wurde 1990 vom Gipfeltreffen in Paris ins Leben gerufen, um eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente in die Vorläuferorganisation der OSZE, die KSZE, zu fördern, und entwickelte sich zu einem aktiven und bedeutenden Mitglied der OSZE-Familie. Im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung kommen Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten mehrere Male im Jahr zusammen, um OSZE-bezogene Angelegenheiten zu erörtern und Empfehlungen abzugeben. Die Parlamentarier erhalten so Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch, zur Erörterung bewährter Methoden und zum Austausch mit internationalen Experten über OSZE-Fragen. In allen nationalen Parlamenten gibt es heute Abgeordnete mit OSZE-Erfahrung, die in der Lage sind, die Politik der Organisation zu unterstützen und darauf Einfluss zu nehmen. Über ein aktives Wahlbeobachtungsprogramm können die Parlamentarier auch ihr einzigartiges Wissen als direkt gewählte Mandatare einsetzen; sie spielen eine führende Rolle bei den Wahlbeobachtungsaktivitäten der OSZE.

Die Versammlung wählt alljährlich mit einfacher Mehrheit einen Präsidenten, der als ihr Hoher Repräsentant fungiert und bei ihren Haupttagungen den Vorsitz führt. Der Präsident nimmt regelmäßig an der Arbeit der OSZE auf Ministerebene teil, darunter die Treffen der Troika und des Ministerrats. Im Juli wählte die Versammlung Göran Lennmarker, den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des schwedischen Parlaments, zum neuen Präsidenten.

Das internationale Sekretariat der Versammlung hat seinen Sitz in Kopenhagen als Gast des dänischen Parlaments. Das Sekretariat wird von Generalsekretär R. Spencer Oliver geleitet. Die Versammlung unterhält auch ein kleines Verbindungsbüro in Wien mit 15 ständigen Mitarbeitern. Zusätzlich zum ständigen Personal beschäftigt die Parlamentarische Versammlung bis zu sieben Forschungsbeauftragte sowohl in Kopenhagen als auch in Wien. Diese Forschungsbeauftragten unterstützen die Arbeit der Versammlung durch qualitativ hochwertige Forschungsarbeiten und durch Sprachkenntnisse.

### ***Der Interparlamentarische Dialog***

***15. Jahrestagung in Brüssel im Juli.*** Das Thema der *Jahrestagung* 2006 lautete *Stärkung der menschlichen Sicherheit in der OSZE-Region*. Parlamentarier aus 53 Ländern kamen in Brüssel zur größten Jahrestagung der Versammlung zusammen, um aktuelle Fragen in den Bereichen internationale Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt und Menschenrechte zu erörtern und anschließend die *Erklärung von Brüssel* mit politischen und technischen Empfehlungen zu verabschieden. Die Erklärung fordert verstärkte Unterstützung für Feldoperationen mit besonderem Schwerpunkt auf der Balkanregion und eine engere Zusammenarbeit mit anderen

internationalen Organisationen. Die Parlamentarier streben einen verstärkten Dialog zwischen den Staaten zur Sicherstellung einer verlässlichen und sicheren Energieversorgung an. Die Versammlung hob auch die Bedeutung einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle über die Sicherheitsdienste hervor. Sie forderte die Parlamentarier nachdrücklich dazu auf, bei Wahlbeobachtungsmissionen weiterhin eine politische Führungsrolle zu übernehmen, da diese Missionen dadurch größere Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit erhalten. Die Mitglieder forderten die Teilnehmerstaaten auch auf, dafür zu sorgen, dass ihr Hoheitsgebiet nicht dazu benützt wird, um Hilfestellung für Überstellungsflüge zu leisten oder geheime Internierungslager zu unterhalten. Sie gaben Empfehlungen zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts in Moldau, zum Umgang mit den Folgen von Naturkatastrophen, zur Korruptionsbekämpfung und zur Bekämpfung des Antisemitismus und anderer Formen der Intoleranz ab.

Einer bewährten Tradition folgend sprachen sowohl der Amtierende Vorsitzende Karel De Gucht als auch der Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut auf der Tagung und beantworteten Fragen der Parlamentarier.

***Herbsttagungen in Malta im November.*** Auf der *Herbstkonferenz* der Versammlung – der ersten Tagung in Malta – befassten sich die Parlamentarier mit dem Schwerpunkt Migration. Experten und Mitglieder der Versammlung erörterten die positiven und auch die negativen Aspekte der Migration. Es nahmen Parlamentarier aus der gesamten OSZE-Region und dem Mittelmeerraum teil, darunter zum ersten Mal auch als Ehrengast ein Vertreter aus Libyen.

Das Treffen in Malta im Zentrum des Mittelmeerraums bot auch Gelegenheit zur Abhaltung des alljährlich stattfindenden *Mittelmeerforums* der Versammlung, auf dem eine eigene Debatte dem Nahen Osten gewidmet war. Hochrangige Vertreter der OSZE und der Partnerstaaten, darunter Ägypten und Israel, hielten Reden vor dem Forum. Die Mitglieder erörterten die Bedeutung einer Zweistaatenlösung für die Herbeiführung einer friedlichen Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Sie befassten sich auch mit den Themen Freihandel und soziale Entwicklung, die der Diskussion eine breitere Perspektive verliehen.

***Wintertagung in Wien im Februar.*** Im Februar kam die Versammlung zu ihrer fünften alljährlichen *Wintertagung* in Wien zusammen. Dieses zweitgrößte Ereignis im Veranstaltungskalender der Parlamentarischen Versammlung bot Abgeordneten Gelegenheit, von leitenden OSZE-Beamten über die aktuellen Entwicklungen unterrichtet zu werden. Die Parlamentarier konnten sich auch über die laufende Arbeit der Versammlung informieren, bevorstehende Veranstaltungen vorbereiten und sich mit ihren Kollegen aus anderen Ländern über aktuelle Fragen austauschen.

Im Anschluss an die weltweite Kontroverse über die Veröffentlichung von Karikaturen mit Darstellungen des Propheten Mohammed in den Medien hielt die Versammlung im Rahmen der Tagung eine öffentliche Diskussion zum Thema Recht auf freie Meinungsäußerung und Achtung religiöser Überzeugungen ab. Diese außerordentliche Diskussion sollte einen offenen politischen Dialog in dieser Frage ermöglichen – ein ganz wichtiger Schritt bei der Suche nach einer gemeinsamen Basis für die Überwindung der Schwierigkeiten. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Alcee L. Hastings, eröffnete die Diskussion mit der Forderung, das Recht auf Pressefreiheit müsse mit Würde und Verantwortungsbewusstsein ausgeübt werden. Anschließend sprach der Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, einleitende Worte.

Im Laufe der Debatte meldeten sich Parlamentarier zahlreicher Delegationen aus dem ganzen OSZE-Raum und aus den Mittelmeerpartnerstaaten zu Wort, um Meinungen auszutauschen. Die Delegierten verurteilten unmissverständlich die gewalttätigen Reaktionen auf die Veröffentlichung der Karikaturen und forderten einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Es wurden auch weitere Themen wie die Rolle der Presse in demokratischen Gesellschaften, das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, Gesetze gegen Gotteslästerung, die Bedeutung der Erziehung zu Toleranz, der interreligiöse Dialog und die Notwendigkeit der Bekämpfung des Extremismus erörtert.

### ***Diskussionsthemen***

***Internierungslager Guantánamo.*** Die Präsidentin des belgischen Senats und Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung für Guantánamo, Anne-Marie Lizin, hatte im Februar und März als erste politische Vertreterin eines europäischen Gremiums Gelegenheit, dem Internierungslager der Vereinigten Staaten von Amerika in Guantánamo Bay (Kuba) einen offiziellen Besuch abzustatten. Auf Einladung des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten traf die Sonderbeauftragte leitende Vertreter des Außenministeriums sowie des Verteidigungsministeriums und konnte im Anschluss daran die Einrichtung besichtigen. Sie besuchte dabei die Lager und Zellen, in denen die Häftlinge untergebracht sind, kam mit Mitarbeitern des Geheimdiensts zusammen und wohnte einem Verhör bei.

Der Besuch der Sonderbeauftragten erfolgte im Rahmen ihrer Aufgabe, die Lage der in dieser Einrichtung befindlichen Häftlinge aus OSZE-Teilnehmerstaaten zu beobachten und der Versammlung zu berichten. Im Juli legte sie ihren Bericht vor, in dem sie die Regierung der Vereinigten Staaten aufforderte, einen Zeitplan zur Schließung der Einrichtung umzusetzen. Sie gab auch eine Reihe anderer Empfehlungen ab, in deren Mittelpunkt insbesondere eine Erhöhung der Transparenz bei der Terrorismusbekämpfung und im Internierungsprozess stand.

***Genderfragen.*** Während ihrer Wintertagung und im Zusammenhang mit der 50. Tagung der *Kommission der VN für die Rechtsstellung der Frau* in New York hielt die Versammlung am 27. Februar eine eigene Podiumsdiskussion zum Thema *Frauen in der Sicherheitspolitik – Sind Frauen anders?* ab. Tone Tingsgaard, Vizepräsidentin der Versammlung und Sonderbeauftragte für Genderfragen, gab einen Überblick über die Aktivitäten der Versammlung zur Förderung der Stellung der Frau in der OSZE und bedauerte, dass diesbezüglich keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Sie berichtete auch über ihre Erfahrungen als stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des schwedischen Parlaments. Den Teilnehmern wurde das Dilemma bewusst, dass Frauen einerseits heute mehr denn je in Kriegshandlungen einbezogen, andererseits aber bei Friedensverhandlungen unterrepräsentiert sind. Besonders hervorgehoben wurde, dass Sicherheit für Frauen mehr bedeutet als rein militärische Aspekte. Auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit sind sehr wichtig. Die Diskussion unterstrich die besondere Fähigkeit von Frauen, sich mit Frauen anderer Fraktionen und Gruppierungen auf eine gemeinsame Basis zu verständigen und sich auf Grundlage dieses gemeinsamen Verständnisses mit vereinten Kräften für den Frieden einzusetzen.

Die Sonderbeauftragte für Genderfragen legte der Versammlung auf der Jahrestagung in Brüssel ihren Bericht „Ausgewogenes Geschlechterverhältnis“ vor. Sie wies darauf hin, dass Frauen in den OSZE-Institutionen zwar die Hälfte des Personals stellen, im Allgemeinen aber

keine Führungspositionen innehaben. Der *Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* gab dem Prozess der Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe einen neuen Anstoß, doch wird ihrer Meinung nach diese Frage nach wie vor nicht wirksam angegangen.

„Maßnahmen zum Durchstoßen der sogenannten ‚gläsernen Decke‘, die Frauen am Zugang zu höheren Positionen hindert, stehen noch aus, wobei die Gefahr besteht, dass diese ‚gläserne Decke‘ zu einer ‚Betondecke‘ wird.“

Tone Tingsgaard, Sonderbeauftragte für Genderfragen

### ***Wahlbeobachtung***

Die Versammlung spielte auch in diesem Jahr eine führende Rolle bei der Wahlbeobachtung im OSZE-Raum. Parlamentarische Beobachter nützten ihr spezifisches Wissen über Wahlprozesse, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten bei der Durchführung von Wahlen zu beurteilen. Da Parlamentsabgeordnete auch Politiker sind, die selbst Wahlschlachten bestehen mussten, wissen sie über politische Kampagnen und Wahlprozesse besonders gut Bescheid, weshalb sie den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE größere Glaubwürdigkeit verleihen. Bei der Wahlbeobachtung arbeitet die Versammlung eng mit dem BDIMR und anderen Parlamentarischen Versammlungen der Region zusammen.

Die Versammlung entsandte über 350 Beobachter zur Beobachtung der Wahlen in Belarus<sup>1</sup>, der Ukraine, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Lettland und Tadschikistan. Im Einklang mit den üblichen Gepflogenheiten ernennt der Amtierende Vorsitzende leitende Mitglieder der Versammlung zu seinen Sonderkoordinatoren, die an der Spitze von kurzfristigen Beobachtungsmissionen stehen und für die politische Führung sorgen. Der Amtierende Vorsitzende, Karel De Gucht, bestellte folgende Sonderkoordinatoren, die bei den Pressekonferenzen am Tag nach den Wahlen die Schlussfolgerungen der Wahlbeobachtungsmission der Öffentlichkeit präsentierten:

- Präsident Alcee L. Hastings (Vereinigte Staaten von Amerika) für die Präsidentenwahlen in Belarus und die Parlamentswahlen in der Ukraine
- Vizepräsident Nevzat Yalçıntaş (Türkei) für das Referendum über den künftigen Status von Montenegro (Serbien und Montenegro)
- Vizepräsident João Soares (Portugal) für die Parlamentswahlen in Montenegro
- David Heath (Vereinigtes Königreich) für die allgemeinen Wahlen in Bosnien und Herzegovina
- Kimmo Kiljunen (Finnland) für die Präsidentenwahlen in Tadschikistan

### ***Arbeit der Parlamentarier vor Ort***

Die Parlamentarische Versammlung hat Ad-hoc-Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Sonderbeauftragte eingerichtet, die sich mit konkreten Fragen befassen, insbesondere mit folgenden:

---

<sup>1</sup> Neunzehn Beobachtern der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wurde die Einreise nach Belarus verweigert, weshalb sie nicht an der Beobachtungsmission teilnehmen konnten.

**Abchasien (Georgien).** Der Ad-hoc-Ausschuss für Abchasien (Georgien) arbeitet schon seit einigen Jahren an der Herstellung direkter Kontakte zu Vertretern aus Abchasien. Vom 11. bis 13. April reiste der Ausschuss unter der Führung der Vizepräsidentin Tone Tinggaard nach Georgien, wo er in Tiflis mit offiziellen Vertretern und zum ersten Mal auch in Suchumi mit der abchasischen Führung zusammentraf. Die Mitglieder des Ad-hoc-Ausschusses hörten sich die Standpunkte und Vorstellungen der Mitglieder des abchasischen De-facto-Parlaments an. Bei ihrem Besuch unterstrichen die Mitglieder des Ausschusses, dass sie nicht die Aufgabe hätten, eine Lösung auszuhandeln, sondern den parlamentarischen Dialog zu fördern, um eine Aussöhnung und Konfliktlösung zu erleichtern. Der Ausschuss unterstützt mit seiner Arbeit den aktuellen Konfliktbeilegungsprozess unter VN-Führung und unterhält enge Kontakte mit der Mission in Georgien. Der Ad-hoc-Ausschuss arbeitet an Plänen zur Verstärkung des Dialogs, unter anderem durch weitere Besuche in der Region.

**Belarus.** Die Arbeitsgruppe Belarus unter der Leitung von Uta Zapf (Deutschland) setzte im Laufe dieses Jahres ihre Arbeit im Dienste eines offenen Dialogs mit dem Parlament und der Regierung von Belarus sowie mit Oppositionsvertretern und anderen interessierten Parteien fort. In enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro in Minsk traf die Gruppe mehrmals sowohl in Minsk als auch außerhalb von Belarus mit Parlamentariern und Oppositionsvertretern aus Belarus zusammen. Ende Januar und im Februar besuchten die Mitglieder Minsk, um dort im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 19. März die politische Lage zu erörtern. Die Gruppe forderte die Wahlbehörden nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um im Wahlkampf für Fairness zu sorgen, unter anderem durch einen gleichberechtigten Zugang zu den Medien für alle Kandidaten und angemessenen Zugang zu den Wahlverfahren für alle Beobachter.

Am Rande der *Jahrestagung* veranstaltete die Arbeitsgruppe eine Diskussion am Runden Tisch mit der belarussischen PV-Delegation, OSZE-Parlamentariern und Oppositionsvertretern aus Belarus. In Zusammenarbeit mit der belarussischen PV-Abordnung organisiert die Gruppe auch eine Reihe gemeinsamer Seminare, an denen Vertreter eines breiten Spektrums politischer Kräfte in Belarus teilnehmen sollen.

**Der Konflikt in Berg-Karabach.** Bei Gesprächen im Südkaukasus und außerhalb davon ermutigte der Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung für den Konflikt in Berg-Karabach, Göran Lenmarker, zur Aussöhnung und zum Wiederaufbau in dem Gebiet mit Hilfe eines parlamentarischen Dialogs. Der Sonderbeauftragte arbeitet eng mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden zusammen, die sich alle für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen.

Lenmarker traf mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan sowie mit Parlamentariern aus beiden Ländern zusammen. Sowohl als Sonderbeauftragter als auch – seit Juli – als Präsident der Versammlung wurde er nicht müde zu betonen, dass sich derzeit eine einmalige Chance für eine Lösung des Konflikts in Berg-Karabach biete. Die politische Lage ist günstig für eine rasche Konfliktlösung, und Lenmarker forderte alle Parteien auf, diese Gelegenheit für einen für alle Seiten vorteilhaften Frieden zu ergreifen.

**Moldau.** Vor der *Jahrestagung* im Juli und in enger Absprache mit der Mission in Moldau stattete der Leiter des Parlamentarierteams für Moldau, Kimmo Kiljunen, Moldau einen Besuch ab, um zur Förderung eines konstruktiven Dialogs über eine Lösung für Transnistrien

durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern beizutragen. Im Anschluss daran verabschiedete die Versammlung eine Entschließung, in der sie bekräftigte, dass jegliche Konfliktlösung von allen Teilen der Bevölkerung Moldaus akzeptiert werden muss, und unterstrich diesbezüglich die Bedeutung einer Demokratisierung der Region Transnistrien. Die Entschließung ermutigt auch zu einem Dialog zwischen den gesetzgebenden Versammlungen beider Seiten des Flusses Nistru/Dnjestr.

**Südosteuropa.** Der slowenische Parlamentarier Roberto Battelli wurde zum Sonderbeauftragten für Südosteuropa ernannt; er soll den parlamentarischen Dialog in der Region fördern und als Anlaufstelle für eine Einbindung der Versammlung in die Parlamentarische Troika des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* fungieren. Der Sonderbeauftragte vertrat die Versammlung bei verschiedenen Veranstaltungen des *Stabilitätspakts*, darunter auch Konferenzen, die der Rechtsreform und der parlamentarischen Kontrolle des Sicherheitssektors gewidmet waren. 2007 wird die Parlamentarische Versammlung der OSZE den Vorsitz in einer Troika führen, der auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats und das Europäische Parlament angehören.

Der Sonderbeauftragte spielte auch bei der Beobachtung des Referendums und der Parlamentswahlen in Montenegro eine führende Rolle, ebenso bei den Wahlen in Bosnien und Herzegowina. Im Dezember trat der Präsident der Versammlung gemeinsam mit dem Sonderbeauftragten eine einwöchige Reise durch Serbien, einschließlich Kosovo, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien an; die Reise führte sie auf dem Landweg von Belgrad nach Mitrovica, Priština, Gračanica, Skopje, Tetovo, Ochrid und schließlich Tirana. Im Rahmen ihrer Besuchsreise durch diese Länder führten sie einige Gespräche auf hoher Ebene und ließen sich genau über die Tätigkeit der OSZE-Feldoperationen unterrichten.

[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)

#### **Wahl einer neuen Führungsriege**

Zu Ende der *15. Jahrestagung* in Brüssel wählte die Versammlung Göran Lennmarker aus Schweden zu ihrem Präsidenten. Nach seiner Wahl sagte Lennmarker, er wolle den Dialog in der OSZE wiederbeleben und eine breitere Diskussion über OSZE-Fragen auch außerhalb der eigenen Institutionen fördern. Lennmarker ist seit 1991 Abgeordneter zum schwedischen Parlament und hatte in der Parlamentarischen Versammlung schon einige leitende Positionen inne; er beabsichtigt, sich vorrangig der Konfliktlösung zu widmen. Seit seiner Wahl zum Präsidenten hatte Lennmarker einen vollen Arbeitskalender. Abgesehen von der Vorsitzführung bei allen Tagungen der Versammlung stattete er mehreren Teilnehmerstaaten einen offiziellen Besuch ab und vertrat die Versammlung bei Tagungen anderer OSZE-Institutionen. Präsident Lennmarker ernannte auch fünf Sonderbeauftragte, die sich mit Fragen von besonderem Interesse befassen sollen.

Im Juli wählte die Versammlung auch vier Vizepräsidenten aus Österreich, Portugal, Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika.

„Den Parlamentariern kommt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Konfliktlösungsbemühungen der OSZE zu. Diese Konflikte sind nicht „eingefroren“: Die Menschen leiden darunter und werden auch weiter darunter leiden, wenn man keine Lösung findet. Der parlamentarische Dialog kann die offiziellen Verhandlungen ergänzen

und das Fundament für einen dauerhaften Frieden auf einer demokratischen Basis legen.“

Göran Lenmarker, Präsident der Parlamentarischen Versammlung